

RUNDFUNKRAT DES SÜDWESTRUNDFUNK

Bericht des Rundfunkratsvorsitzenden in der öffentlichen Sitzung des SWR-Rundfunkrats am 23.09.2022 (es gilt das gesprochene Wort)

Mitte Juli dieses Jahres hatten wir uns nach erfolgreichem Abschluss des Dreistufentestverfahrens in die Sommerpause verabschiedet. Diese Phase im Juli/August eines Jahres wird ja häufig auch als „Sommerloch“, also eine nachrichtenarme, ereignislose Zeit beschrieben. Oft sind es dann sog. „Sommerlochtiere“, die diese Lücke füllen: Wer kennt z.B. nicht noch den Problembär Bruno?

In diesem Sommer hat die ARD selbst oder sagen wir genauer die ARD-Vorsitzende und RBB-Intendantin dafür gesorgt, dieses Loch erst gar nicht entstehen zu lassen: Ersten Vorwürfen Anfang Juli folgten noch die üblichen Dementis und Ausflüchte sowie die Ankündigung presserechtlicher Schritte, über deren Ausgang man nie mehr etwas erfahren hat. Dann setzte eine quälende Phase fast täglich neuer Enthüllungen ein. Scheibchenweise legte Frau Schlesinger dann erst den ARD-Vorsitz und schließlich auch das Amt als RBB-Intendantin nieder.

Es ist nicht meine Aufgabe, mich hier mit den Vorwürfen um Geldverschwendung, Filz und Vetternwirtschaft beim RBB zu befassen. Aber hätte es noch eines Beleges bedurft, was da jedenfalls in der Person von Frau Schlesinger beim RBB schiefgelaufen ist, dann hat diesen Beleg ihr Zeit-Interview vom 8. September geliefert: Mit welcher Selbstgerechtigkeit, welchem Realitätsverlust und Opferhabitus sich Frau Schlesinger dort inszeniert hat, lässt einen wirklich nur noch völlig verständnislos zurück. Man versteht jetzt noch besser, warum zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des RBB und dieser Intendantin eine tiefe Kluft entstanden sein muss.

In diesem Fall jedenfalls ist dem Kommentar von Michael Hanfeld in der FAZ aus vollem Herzen zuzustimmen: Zu der Aussage von Frau Schlesinger, es gehe hier um die „Macht des Anscheins und die Ohnmacht der Fakten“ stellte Hanfeld lapidar fest: „Man meint, hier würden die RBB-Mitarbeiter und Beitragszahler abermals verspottet.“ Nein, um das einmal ganz klar und deutlich auszusprechen: Hier ist dem RBB, der ARD, ja dem gesamten öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein riesiger Schaden zugefügt worden, dessen tatsächliches Ausmaß noch gar nicht voll absehbar ist.

Aber zurück zu den Rückwirkungen dieser Ereignisse auf den SWR. Ich war Ihnen, sehr geehrter Herr Intendant, sehr dankbar, dass Sie schnell und verantwortungsbewusst erklärt haben, der SWR werde nun eben ein Jahr früher den ARD-Vorsitz übernehmen. Dies hat die Handlungsfähigkeit der ARD unterstrichen, und ich will's mal so sagen: Sie haben damit gleichzeitig eine Erklärung zu Lasten eines Dritten abgegeben. Denn mit dem ARD-Vorsitz geht dann auch der Vorsitz der Gremiovorsitzenden-Konferenz (GVK) auf den SWR über. Eines jedenfalls ist klar: Man wird jetzt verstärkt auf den SWR schauen und darauf bauen, dass es mit ihm gelingt, die ARD wieder aus der Krise herauszuführen. Wahrlich eine Mammutaufgabe!

Anstehende Themenfelder

Compliance

Schon zum Start des SWR-ARD-Vorsitzes sollte der jetzt angeschobene Prozess einheitlicher Standards für Compliance weitgehend abgeschlossen werden können. Auf Ebene des SWR hatte ich dazu den Intendanten bereits am 12. August angeschrieben und es wurde inzwischen eine Prozessorganisation unter Beteiligung von Rundfunk- und Verwaltungsrat – nach meinem Wissen einmalig in der ARD – aufgesetzt, mit der wir uns ja gleich im nächsten Tagesordnungspunkt noch intensiv befassen werden. Auch auf der Ebene der GVK sind alle notwendigen Schritte eingeleitet – inklusive einer Empfehlung für Compliance-Regeln der Gremien der ARD-Anstalten. Insgesamt ist diese Thematik von allen Beteiligten schnell, mit großer Ernsthaftigkeit und getragen vom Willen zu einer – in der ARD ja nicht immer beliebten – Einheitlichkeit der Regeln aufgegriffen worden.

Ausstattung der Gremienbüros/Fortbildungsangebote

Auch in die Frage der Ausstattung der Gremienbüros zur besseren Wahrnehmung der Aufsichts- und Kontrollaufgaben ist Bewegung gekommen. Es war aus meiner Sicht nicht sonderlich geschickt, dass der amtierende ARD-Vorsitzende dies zu seiner eigenen Sache gemacht hat. Denn die Ausstattung der Gremienbüros ist und bleibt Aufgabe der Gremien selbst. Alles andere leistet lediglich dem Vorurteil Vorschub, die Intendantinnen und Intendanten regelten auch noch ihre eigene Aufsicht selbst.

Wir sind hier beim SWR auf einem guten Weg und haben gestern gerade die Vorstellungsgespräche für eine personelle Verstärkung unseres Gremienbüros geführt. Eine ARD-weite Umfrage hatte ergeben, dass es gerade bei der zweitgrößten ARD-Anstalt durchaus Nachholbedarf gibt. Die nun schon nächstes Jahr zu bewältigende zusätzliche Aufgabe des GVK-Vorsitzes verstärkt noch einmal die Notwendigkeit personeller Aufrüstung im Gremienbüro, die sich ja auch für den SWR im Blick auf den ARD-Vorsitz in einer zweistelligen befristeten Personalausweitung spiegelt.

Die GVK hat sich auf ihrer letzten Sitzung auch dafür stark gemacht, Fortbildungsangebote für Gremienmitglieder zu schaffen. Auch wenn wir im Rundfunkrat seit Monaten unter dem Rubrum „Aktuelle Debatte“ mit eigenen Workshops und von uns organisierten Weiterbildungsangeboten immer wieder interessante Fachleute zum Beispiel zum Thema der mit dem 3. Medienänderungsstaatsvertrag verbundenen neuen Kompetenzen der Gremien zu Gast hatten, kann dies natürlich eine systematische Fortbildung nicht ersetzen. Daher sollten wir die Initiative von Fortbildungsangeboten gerade beim „On-Boarding“ neuer Gremienmitglieder nach Kräften unterstützen.

Reform von ARD-Programmstrukturen

Damit komme ich zum sicher zentralen Punkt für die nun vor uns liegenden beiden ARD-Vorsitzjahre des SWR: Es drängt eine Reform von ARD-Programmstrukturen, die in den Blick nimmt, dass man mit 64 linearen Hörfunkprogrammen und mehr als zwanzig linearen, öffentlich-rechtlichen Fernsehprogrammen wohl kaum bis in das Jahr 2030 hinein bestehen kann. Der Berliner Zeitung war kürzlich der schöne Satz zu entnehmen: „Die ARD-Führung scheut Strukturreformen wie eine Wurzelbehandlung.“ Blickt man auf die letzten Jahre zurück, bestätigt sich dieser Befund: So haben es ARD und ZDF immer strikt abgelehnt, im Rahmen des von der Rundfunkkommission der Länder aufgesetzten Prozesses „Auftrag und Strukturoptimierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im digitalen Zeitalter“ auch programmliche Inhalte und Strukturen auf den Prüfstand zu stellen. Die Länder haben nun mit der Flexibilisierung des Auftrags den Landesrundfunkanstalten den Weg dafür frei gemacht, lineare Fernsehprogramme allein auf Anstaltsseite in non-lineare Angebote zu tauschen oder auch ganz aufzugeben. Nur schwer vorstellbar erscheint es daher, dem staunenden Beobachter nun erklären zu wollen, diese Flexibilität brauche man gar nicht, das Programmangebot bedürfe keinerlei Veränderung.

Es geht vielmehr um die Frage, auf welchen Ausspielwegen und mit welchen Inhalten man möglichst viele Zielgruppen unserer Gesellschaft erreichen kann. Dankbar habe ich registriert, dass Sie Herr Intendant bislang der Einzige sind, der wenigstens einmal beispielhaft einen Reformgedanken geäußert hat, den Dritten Programmen möglicherweise einen einheitlichen Mantel zu geben. Damit könnte der nicht mehr zeitgemäßen Praxis ein Ende gesetzt werden, zu jeder Tages- und Nachtzeit in sämtlichen Dritten Programmen Wiederholungsfolgen von „Wer weiß denn sowas?“ oder „In aller Freundschaft“ zu senden. Wer glaubt, das lineare Programmangebot der ARD könne noch über Jahre hinweg einfach unverändert fortbestehen, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

Nun soll es in der ARD eine „AG Umschichtung“ geben. Dort soll geprüft werden, welche linearen Angebote in non-lineare Angebote gewandelt werden und welche Mittel dabei „umgeschichtet“ werden können. Das ist zweifellos ein wichtiger und richtiger Ansatz, der allerdings offensichtlich eine Variante von vorherein gar nicht vorsieht: Sollte es nicht auch möglich sein, auf ein lineares Angebot einfach mal im Blick auf die Höhe des Rundfunkbeitrages ersatzlos zu verzichten? Ich sehe es jedenfalls auch als Aufgabe der Gremien an, die Interessen der Beitragszahlenden nicht aus dem Blick zu verlieren. Auf den Punkt gebracht hat es neulich Kay Barthel, KEF-Mitglied und Rechnungshofpräsident von Sachsen-Anhalt: „Beitragssteigerungen auszuschließen und gleichzeitig alles so zu lassen wie es ist“, sei „volkswirtschaftlich unmöglich“.

Ein kraftvoller Reformansatz hinsichtlich programmlicher Strukturen, ein deutlich arbeitsteiligeres Vorgehen in der ARD nach dem Motto „Nicht mehr jede Anstalt macht alles“, wäre jedenfalls sicher ein geeignetes Mittel, um Vertrauen in der Gesellschaft zurückzugewinnen. Herr Intendant, der Rundfunkrat wird Sie nach Kräften dabei unterstützen, wenn Sie das in Ihrer ARD-Vorsitzzeit jetzt beherzt anpacken.

Beteiligung der Gremien an der KEF-Bedarfsanmeldung

In gut einem halben Jahr hat die ARD ihre Anmeldung bei der KEF abzugeben. Diese Anmeldung hat wesentliche Bedeutung für die Frage, welche Höhe der Rundfunkbeitrag ab 2025 haben wird. Meine große Sorge gilt dabei dem Umstand, dass eine Überforderung der Beitragszahlenden am Ende eher Teil des Problems als Teil der Lösung sein könnte.

Ich habe die Befürchtung, dass in einer Lage tiefster gesellschaftlicher Verunsicherung, dass in einer Zeit, in der private Haushalte nicht wissen, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen, und der Bäcker um die Ecke wegen unrealistisch hoher Energiekosten keine Brötchen mehr backen kann, die einfache Rechnung, Mehrkosten der Rundfunkanstalten einfach an den Beitragszahler weiterzureichen, nicht mehr aufgehen könnte.

In diesem Zusammenhang passt sehr gut, dass die GVK auch ganz grundsätzlich eine strategische Debatte zu dieser Bedarfsanmeldung bei der KEF eingefordert hat. Die GVK dringt darüber hinaus auf eine verbindliche Koordinierung zwischen den Landesrundfunkanstalten vor der formalen Anmeldung. Wissen muss man dazu, dass die KEF nicht den Bedarf jeder einzelnen Landesrundfunkanstalt feststellt, sondern nur den gemeinsamen Bedarf der gesamten ARD. Da die Bedarfsanmeldung von hoher strategischer Bedeutung ist, muss ein Weg gefunden werden, in die dieser Anmeldung vorausgehenden Entscheidung auch die Gremien einzubinden. Ich wäre Ihnen daher, sehr geehrter Herr Intendant, dankbar, wenn wir möglichst rasch klären könnten, wie dem auf GVK-Ebene in einem koordinierten Verfahren entsprochen werden kann.

Robra / Die Zeit

Schließlich muss ich Sie noch über einen Vorgang unterrichten, der den SWR-Rundfunkrat öffentlich und bundesweit – völlig unberechtigt – in ein schlechtes Licht gerückt hat: Der Chef der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt, Rainer Robra, hat in einem Interview in „Der Zeit“ folgende Ausführungen über den SWR-Rundfunkrat gemacht:

*„Nehmen Sie nur eine der ARD-Tochtergesellschaften: die Degeto. Sie produziert Filme und Serien fürs Fernsehen und ist mit jährlich rund 600 Millionen Euro ausgestattet. **Eigentlich ist der SWR-Rundfunkrat für sie zuständig; aber der interessiert sich höchstens dafür, wie viel Geld der SWR an die Degeto überweist und was ins Sendegebiet zurückfließt.**“*

Sie werden sich jetzt vielleicht wundern und fragen, was es mit dieser angeblichen Zuständigkeit des SWR-Rundfunkrats für die Degeto auf sich hat. Ich kann es Ihnen sagen: Es gibt sie schlicht nicht. Nun kann es natürlich vorkommen, dass sich ein Medienpolitiker auch mal irrt und eine Zuständigkeit annimmt, die so gar nicht existiert.

Herr Robra aber hat noch eins draufgesetzt: Er wirft dem SWR-Rundfunkrat vor, diese – gar nicht gegebene – Zuständigkeit auch noch unzureichend wahrgenommen zu haben. Dies lässt sich dann auch nicht mehr mit einem Irrtum erklären, sondern ist schlicht frank und frei erfunden. Zwar hat „Die Zeit“ auf mein Betreiben hin zwei Ausgaben später eine Berichtigung abgedruckt, die aber lediglich den Irrtum hinsichtlich der Zuständigkeit einräumt. Kein Wort von dem völlig aus der Luft gegriffenen Vorwurf, unser Gremium habe seine Kontrollbefugnis nur unzureichend wahrgenommen. Leider hat es Herr Robra bis heute nicht für notwendig erachtet, einmal persönlich mit mir Kontakt aufzunehmen und seine Administration antworten lassen. Außer einer dürren „Bedauernserklärung“ für seinen Irrtum kein Wort der Erklärung, geschweige denn eine Entschuldigung für seinen völlig unberechtigten Vorwurf gegenüber unserem Gremium. So viel zur Fehlerkultur der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt!

Schluss

Meine Damen und Herren Mitglieder des Rundfunkrats: Wir leben in ausgesprochen bewegten medienpolitischen Zeiten. Den Gremien kommt dabei eine eigenständige, höchst verantwortungsvolle Aufgabe zu. Ich habe versucht, Sie mit meinem Bericht an einige Großbaustellen der ARD zu führen. Mein Bericht – das will ich ausdrücklich einräumen – gibt an verschiedenen Stellen meine eigene, höchst subjektive, manchmal auch zugespitzte Meinung zu verschiedenen Themen wieder. Ich lade Sie herzlich ein, nach dem Bericht des Intendanten, dem Ihre eigene Sicht der Dinge folgen zu lassen. Wir sollten dabei auch kontroverse Diskussionen nicht scheuen. Im Gegenteil: Ein solcher Diskurs ist notwendiger Bestandteil einer Gremienkultur, an der auch wir weiter hart zu arbeiten haben.

Vielen Dank!